

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Historisches Rathaus

**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50

fax 0221. 221 246 57

mail fraktion@koelnspd.de

web www.koelnspd.de

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 07.11.2016

AN/1826/2016

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

| Gremium | Datum der Sitzung |
|----------------|--------------------------|
| Rat | 17.11.2016 |

Schulbau neu organisieren und priorisieren – von anderen Kommunen lernen

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die SPD-Fraktion bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung des Rates am 17.11.2016 aufzunehmen:

Beschluss:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung, kurzfristig darzustellen, wie sie die Pflichtaufgabe „Schulbau“ als Sonderaufgabe im Baubereich aus den derzeitigen Verwaltungsabläufen der Gebäudewirtschaft herauslösen will, um ihm damit eine besondere Schwerpunktsetzung und Priorisierung zu verleihen.
2. Die Verwaltung wird gebeten, bis zum 1. Quartal 2017 mögliche Organisationsmodelle zur Umsetzung dieses Ziels abzuwägen und dem Rat einen Vorschlag vorzulegen. Erfahrungen aus anderen Großstädten sind dabei zu berücksichtigen und zu bewerten.
3. Für diese neue Einheit „Schulbau“ sind die Verwaltungsabläufe in gesonderten Geschäftsprozessen darzustellen, so dass an den Schnittstellen zu den in der Verwaltung zu beteiligenden Ämtern und Dienststellen ebenfalls eine Priorisierung gegenüber anderen Projekten ermöglicht wird.
4. Zudem sind für diese Organisationseinheit Rahmenbedingungen zu schaffen, um attraktiv für die Gewinnung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu sein.

Begründung:

Wie der Presse in der vergangenen Woche zu entnehmen war hat sich der Umsetzungsstau in der Gebäudewirtschaft nochmals erheblich verschärft. Die Umsetzungsfähigkeit in der Gebäudewirtschaft scheint sich vielmehr auf Grund des Nebeneinanders drängender baulicher Aufgaben festgefahren zu haben. Dadurch kann es in absehbarer Zukunft dazu kommen, dass nicht alle Kölner Kindern die Schule besuchen können.

Während viele der Projekte, die von der Gebäudewirtschaft umgesetzt werden, wichtig sind und zu Recht aus der jeweiligen fachlichen Sicht mit Prioritäten belegt werden, handelt es sich beim Schulbau um eine der wichtigsten Aufgabe für die Zukunft unserer Gesellschaft. Zudem ist die Stadt Köln als Schulträger gesetzlich verpflichtet, Schulplätze in ausreichender Anzahl zur Verfügung stellen. Dieser Pflichtaufgabe kommt die Gebäudewirtschaft derzeit nicht im erforderlichen Umfang nach.

Daher ist im Bereich Schulbauten durch die Bildung einer Sonderaufgabe im Baubereich eine besondere Priorität zu verleihen, damit die zeitlich drängenden Schulbauprojekte nicht mit anderen baulichen Aufgaben konkurrieren müssen. Die Verwaltung hat im Rahmen der Presseberichterstattung bereits erklärt, organisatorisch neue Wege gehen zu wollen. Baudezernent Höing hat hier deutlich gemacht, dass ein „Weiter so“ nicht mehr helfe. Diese Auffassung teilt die SPD-Fraktion und bietet ausdrücklich die politische Unterstützung für eine zukunftsfähige Lösung an.

Andere Kommunen, die vor der gleichen Herausforderung der stark anwachsenden Schülerzahlen stehen, haben unterschiedliche Wege gewählt, hiermit organisatorisch umzugehen. Gemeinsam ist diesen Modellen, dass dem Schulbau als Sonderaufgabe eine Priorität gegenüber anderen baulichen Aufgaben eingeräumt wird. Dieses Ziel kann auf unterschiedlichen organisatorischen Wegen erreicht werden, die spezifisch auf die Gegebenheiten in der jeweiligen Kommune zugeschnitten sein müssen. Die Verwaltung wird gebeten, diese Möglichkeiten zu prüfen und dem Rat verschiedene Modelle zur Organisation der Sonderaufgabe „Schulbauten“ vorzuschlagen.

Dabei ist zu mit zu bedenken, dass an den Schnittstellen zu anderen Ämtern, die im Schulbau-Prozess zuliefern, ebenfalls eine Priorität der Bearbeitung der Schulbauprojekte gesetzt wird. Denn häufig sind die internen Verwaltungsabstimmungen langwierig. Das zum Zwecke der Beschleunigung eingesetzte Aktionsbündnis Schulbauten kann hier weiterhin eine steuernde Funktion ausüben, muss aber mit den entsprechenden Kompetenzen ausgestattet sein, um notwendige Entscheidungen treffen zu können.

Letztlich hat die Gebäudewirtschaft mit der derzeit fehlenden Möglichkeit zu kämpfen, Personal zu marktgerechten Konditionen einzustellen oder zumindest die entsprechenden Entwicklungsperspektiven bieten zu können. So schildert die Gebäudewirtschaft immer wieder, dass es auf die laufenden Dauerausschreibung der bestehenden Stellen viel zu wenige Bewerbungen gibt und vorhandene Mitarbeiter sich in andere Bereiche weiterentwickeln oder nach einigen Jahren die Stadt Köln als Arbeitgeber komplett verlassen. Hier sind neue Wege in den Berei-

chen Personalakquise, Arbeitszeitmodelle und neue Entgeltmodelle zu denken, um Personal zu gewinnen und langfristig binden zu können.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin